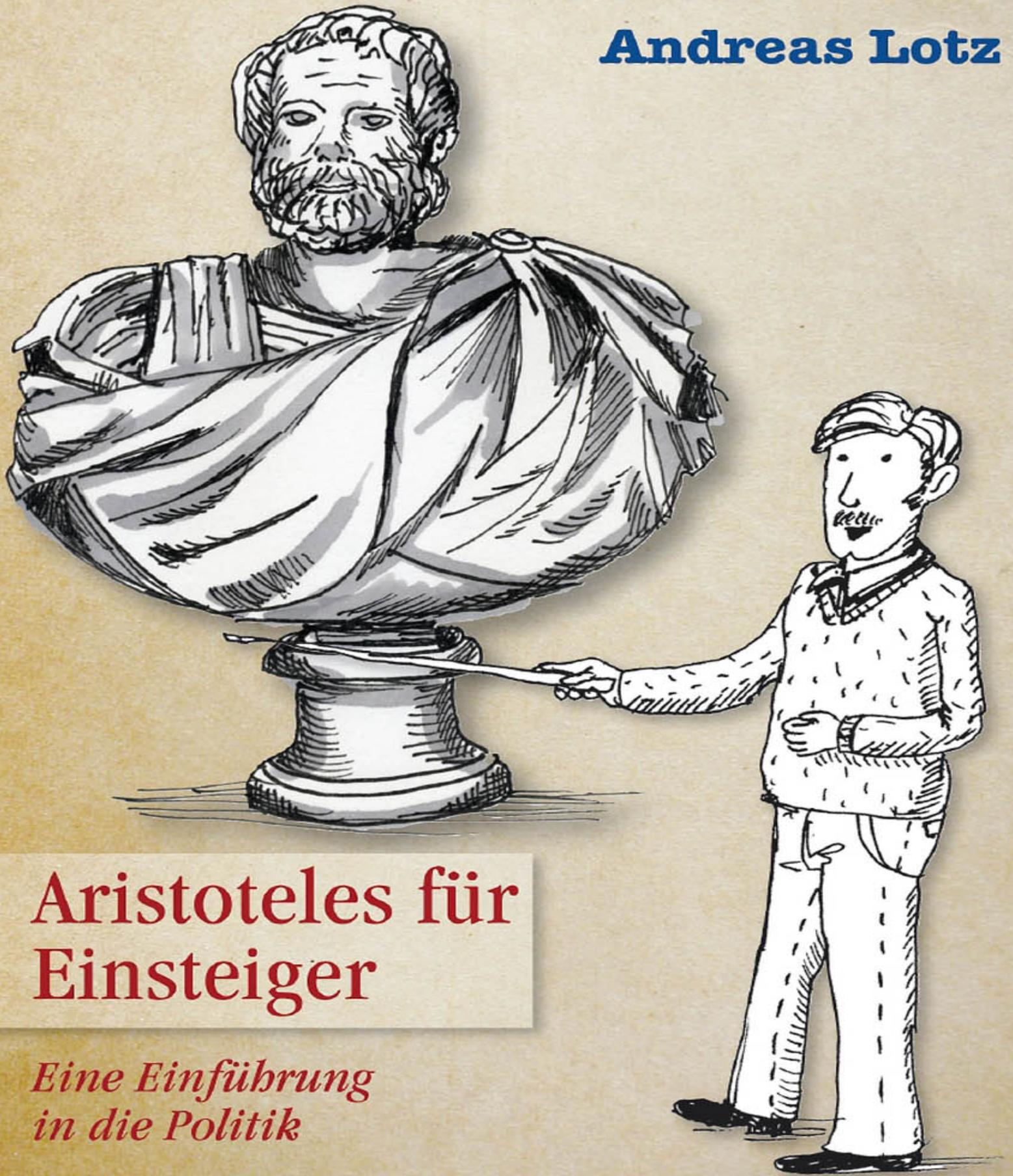


Andreas Lotz



Aristoteles für Einsteiger

*Eine Einführung
in die Politik*

Civiale Verlag

> klassik

Andreas Lotz

Aristoteles für Einsteiger

Eine Einführung in die *Politik*

 **Cividale Verlag**

Der Autor

Andreas Lotz ist Diplompolitologe und kooptiertes Mitglied im Sonderforschungsbereich "Transformation der Antike" an der Humboldt Universität zu Berlin. Er forscht und lehrt schwerpunktmäßig im Bereich der Politischen Theorie und Ideengeschichte.

1. Auflage

© Cividale Verlag Berlin, 2015

Kontakt: info@cividale.de

Website: www.cividale.de

ISBN 978-3-945219-10-2

Umschlaggestaltung: Nina und Christoph von Herrath

www.cvh-graphic-design.de

Lektorat: Carola Köhler

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigung, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Inhalt

1. Einleitung
2. Der Wandel der Gemeinschaftsformen im antiken Griechenland
 - 2.1. Das mykenische Königtum
 - 2.2 Die homerische Gesellschaft
 - 2.3 Krisen und Wandel: Die griechische Welt vom 8. bis 6. Jahrhundert v. Chr.
 - 2.4 Eunomia: Solons Reformen
 - 2.5 Die Reformen des Kleisthenes
 - 2.6 Attische Demokratie: Aufstieg und Niedergang
3. Das vollkommene Leben und der Mensch als „Zoon politikon“
 - 3.1 Die Polis und das gute Leben
 - 3.2 Worin unterscheiden sich die verschiedenen Formen der Herrschaft?

Exkurs: Aristoteles' politische Ökonomie
 - 3.3 Der Mensch als politisches Lebewesen
4. (Staats-)Verfassungen: Kritik, Analyse, Klassifikation
 - 4.1 Einwände gegen den Lehrer: Aristoteles' Kritik an Platons Staatsentwurf
 - 4.2. Was ist eine (Staats-)Verfassung?
5. Resümee
6. Inhaltsübersicht und Lektüreempfehlungen

7. Literatur

7.1. Verwendete Primärliteratur

7.2. Kommentierte Sekundärliteratur

7.3 Weitere verwendete Literatur

8. Endnoten

1. Einleitung

Das von dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler Francis Fukuyama zu Beginn der 1990er Jahre vorhergesagte „Ende der Geschichte“ lässt auf sich warten. Seine Zuversicht, es gäbe eine geschichtliche Bewegung hin zur liberalen Demokratie, die eine historisch zwangsläufige Entwicklung sei, mutet mittlerweile absurd an. Der gewissermaßen unvermeidliche historische Ablauf, den er dabei beschreibt, ähnelt einem Inklusionszog: Nach und nach würden die verschiedenen Streitpunkte und Widersprüche im homogenen Universalstaat liberaler Prägung aufgehoben, der sich als *das* Ordnungsmodell weltweit durchsetzen würde.ⁱ Spätestens seit der Banken- und Finanzkrise von 2007 und den darauffolgenden Protesten erweist sich die als notwendig behauptete Verbindung von Demokratie und Kapitalismus jedoch als brüchig.ⁱⁱ Da Demokratie und Kapitalismus jeweils von unterschiedlichen Prinzipien geleitet werden – für Erstere gelten Allgemeinwohlorientierung, politische Gleichheit sowie Verfahren konsensueller oder majoritärer Entscheidungsfindung, während Letzterer für Eigentumsrechte, ungleiche Besitzverhältnisse, individuelle Gewinnorientierung und hierarchische Entscheidungsstrukturen steht – ist die Verbindung zwischen diesen beiden keine „naturegegebene“ (Merkel 2014).

Schon einige Jahre vor dieser weltweiten ökonomischen Krise hatte der britische Sozialwissenschaftler Colin Crouch beschrieben, dass die liberale Demokratie zum Zustand der „Postdemokratie“ hin tendiert. In der Postdemokratie gebe es zwar nach wie vor Wahlen, „die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser